

mehr ehrliche sozialdemokratische Arbeiter und Funktionäre zur Wehr und beginnen, innerhalb der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften den Kampf gegen die amerikanischen Agenten zu führen. Alle diese Sozialdemokraten und ihre Organisationen, die im Kampf gegen die amerikanische Fraktion auch den Frieden und die Unabhängigkeit Deutschlands verteidigen, können gewiß sein, daß sie jederzeit unsere volle Solidarität und aufrichtige Unterstützung „ haben werden. (Beifall.)

Die Lage in der SPD und die Stimmungen in ihrer Anhängerschaft erklären im gewissen Sinne auch die Haltung des Parteivorstandes der SPD. Er stimmte nicht nur im Bonner Bundestag, sondern auch auf der sogenannten Europäischen Konferenz der sozialdemokratischen Parteien, die Ende Februar 1954 in Brüssel tagte, gegen den EVG-Vertrag. Diese Tagung sollte ursprünglich den Zweck haben, entsprechend den Erfordernissen der Montanunion, der EVG und des Europarates „eine Art europäische Sektion innerhalb der Internationale“ zu schaffen, wie der SPD-Pressedienst berichtete. Der Ausgang der Außenministerkonferenz in Berlin hat diese Absicht zunichte gemacht. Vielmehr trat, wie der „Neue Vorwärts“ berichtete, in Brüssel offen zutage, daß „wirkliche Verschiedenheiten der Auffassungen über die EVG“ durch alle europäischen sozialdemokratischen Parteien gehen. Es hieß dort:

„Die mögliche Gefahr eines neuen deutschen Militarismus übersteigt für manche alle anderen Gefahren, weshalb sie für eine dauernde Waffenlosigkeit Deutschlands eintreten und auch die EVG aus diesem Grunde ablehnen.“

Es ist immerhin kennzeichnend, daß Einstimmigkeit auf der Brüsseler Tagung der europäischen Sozialdemokraten nur bei jenen Paragraphen der Resolution erzielt wurde, die „die Aufnahme der Volksrepublik China in die Organisation der Vereinten Nationen als ein Teil einer allgemeinen Lösung der Femostprobleme“ oder „allgemeine Abrüstungs- und Atomverhandlungen“ verlangen.

Genosse Walter Ulbricht hat hier schon erklärt, daß wir jede Stellungnahme der Sozialdemokraten für weitere Verhandlungen zur Milderung der internationalen Spannungen und gegen die Militarisierung Westdeutschlands begrüßen.

Angesichts der Lage in Westdeutschland sehen jedoch auch die sozialdemokratischen Mitglieder, daß Abstimmungen gegen eine